

Ausgabe 17

5. Mai 2025

# steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

## Inhalt

### Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF: Welche Folgen hat das Ende der fiktiven Hin- und Rücklieferung dezentral verbrauchten Stroms?

### Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 2. Mai 2025

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

Zurechnungsbesteuerung für Stiftungen nach dem Außensteuergesetz europarechtswidrig

Geschäftsleitende Holding-Personengesellschaft als Organträgerin

### Business Meldungen

Bedeutung, Entwicklung und Regulierung von KI in einkommensschwachen Ländern und Schwellenmärkten

### Terminplaner

Transfer Pricing Breakfast Hamburg

### Noch Fragen?

# Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

## **BMF: Welche Folgen hat das Ende der fiktiven Hin- und Rücklieferung dezentral verbrauchten Stroms?**

*Seit dem 31. März 2025 ist klar, dass die Finanzverwaltung an der fiktiven Hin- und Rücklieferung dezentral verbrauchten Stroms nicht mehr festhält. Mit dem BMF-Schreiben von diesem Tag, welches zuvor seit dem 24. Oktober 2024 im Entwurf vorlag, ändert das BMF den entsprechenden Abschnitt 2.5 des Umsatzsteueranwendungserlasses.*

### **Hintergrund**

Das BMF-Schreiben ist die Konsequenz der jüngsten BFH-Rechtsprechung (siehe <https://blogs.pwc.de/de/oeffentlicher-sektor-zukunft-gestalten/article/238752/kwk-zuschlag-keine-fiktive-lieferung-mehr/>)

Zusammenfassend steht damit fest, dass künftig nur noch ein Leistungsaustausch vorliegt, soweit (nach Abzug dezentraler Verbräuche) physisch Strom ins öffentliche Netz eingespeist wird.

Der wahrscheinlich spannendste Punkt des BMF-Schreibens ist die gewährte Übergangsregelung bis 31. Dezember 2025/01. Januar 2026:

Auf den ersten Blick haben Energieversorger hierdurch vermeintlich genügend Zeit, insb. die Abrechnungsprozesse auf die reine Überschuss-Einspeisung umzustellen und insbesondere das umständliche System bestehend aus „Gutschrift für Hinlieferung“, „Rechnung für Rücklieferung“ und „Saldierung via Abrechnungspapier“ abzuschaffen.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die wenigsten Energieversorger diese Frist auch wirklich ausreizen können. Denn anlässlich des BMF-Schreibens überprüfen auch viele Anlagenbetreiber (oft leider erstmals) die Abrechnungssituation und fordern Energieversorger auf, die Abrechnung bereits mit Wirkung für die Vergangenheit zu ändern. Dies ist besonders für kommunale Abwasserbetriebe mit großen KWK-Anlagen zur Faulgasverstromung und für sogenannte Kleinunternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne angezeigt, weil diese durch die o.g. Saldierung monetär benachteiligt sind.

Mit dieser Aufforderung gegenüber dem Energieversorger machen diese Anlagenbetreiber – und hier wird Zivil- und Steuerrecht leider oft durcheinandergebracht – den zivilrechtlichen Anspruch auf „unverminderte Auszahlung“ des KWK-Zuschlags (oder der EEG-Vergütung) geltend; und dies wohl zurecht. Der Energieversorger kann sich angesichts der Übergangsregelung jedoch nunmehr beim Finanzamt schadlos halten, weil die steuerliche Verjährung grundsätzlich länger läuft (4 Jahre) als die zivilrechtliche (3 Jahre).

Auch nach der Änderung des 2.5 Umsatzsteueranwendungserlass (UStAE) bleibt offen, wie sich die Finanzverwaltung positioniert, wenn der Strom aus der

dezentralen Erzeugungsanlage zwar ins öffentliche Netz eingespeist, aber eine entsprechende Strommenge an einer anderen Verbrauchsstelle des Anlagenbetreibers verbraucht wird (sogenanntes Bilanzkreismodell). Erhält in diesen Fällen das Energieversorgungsunternehmen durch die physische Netzeinspeisung auch die „Verfüugungsmacht“ am Strom, wenn vertraglich vereinbart ist, dass der Strom an anderer Stelle verbraucht werden kann? Jedenfalls ist ein Entgelt (welches die Finanzverwaltung zuletzt noch im KWK-Zuschlag sah) für diese Strommengen vertraglich nicht vorgesehen.

### **Fundstelle**

**BMF, Schreiben vom 31. März 2025.**

# Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 2. Mai 2025

## Urteil I R 12-13/21: Missbräuchliche Inanspruchnahme eines abkommensrechtlichen Schachtelprivilegs

18. Dezember 2024

Zur missbräuchlichen Inanspruchnahme des Schachtelprivilegs des DBA-Luxemburg 1958/2009 durch eine KGaA, die sich einer wirtschaftlich weitgehend funktionslosen Luxemburger Tochtergesellschaft bedient, mit der sie durch mehrere kurzfristig hintereinandergeschaltete Rechtsakte (Gesellschafterdarlehen, Darlehensverzicht, Gewinnausschüttung) "künstlich" Dividenden erzeugt.

§ 15b des Einkommensteuergesetzes (Verluste im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen) findet im Bereich der Gewerbesteuer keine Anwendung.

[Zum Urteil](#)

## Urteil I R 39/21: Zeitliche Voraussetzungen einer abkommens- rechtlichen Betriebsstätte

18. Dezember 2024

Eine "feste" Geschäftseinrichtung setzt in ihrem Zeitbezug grundsätzlich eine Mindestdauer von sechs Monaten voraus (Bestätigung der Senatsrechtsprechung, vgl. Senatsurteil vom 28.06.2006 - I R 92/05BStBl II 2007, 100). Diese Mindestdauer bezieht sich nicht nur auf die Geschäftseinrichtung, sondern auch auf die unternehmerische Tätigkeit, die in der Geschäftseinrichtung ausgeübt wird. Die Frist ist auch dann nicht eingehalten, wenn sie lediglich durch die Abwicklung eines Unternehmens überschritten wird. Dass ein Unternehmen nur für weniger als sechs Monate besteht und die Tätigkeit dieses Unternehmens vollständig in der Geschäftseinrichtung des Betriebsstättenstaats ausgeübt wird, rechtfertigt keine Ausnahme von der Mindestdauer.

[Zum Urteil](#), siehe auch die [Pressemitteilung 026/25](#).

## Urteil I R 41/21: VGA: Verrechnungspreisbe- stimmung bei sogenannten Parallelimporten

11. Dezember 2024

Bei Parallelimporten von (Original-)Arzneimitteln (§ 129 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch) kann eine verhinderte Vermögensmehrung bei der konzerneigenen Vertriebsgesellschaft (inländischer Vertrieb) zugunsten der Konzernmuttergesellschaft (Höhe des Verrechnungspreises) nicht mit der Begründung ausgeschlossen werden, dass der Parallelimport nicht im eigentlichen Interesse der Konzernmutter liegt. Denn die Vertriebsgesellschaft übt ihre Marketingaktivitäten im Interesse des Gesamtkonzerns aus, der wirtschaftlich auch von den Parallelimporten profitiert.

[Zum Urteil](#)



## Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

### **Urteil I R 47/21: Abkommensrechtliche Betriebsstätte eines Taxiunternehmens in den Räumen einer Taxifunkzentrale**

18. Dezember 2024

**Zum Urteil**, siehe auch die [Pressemitteilung 026/25](#).

### **Urteil II R 44/21: Erstmalige Erklärung zur optionalen Vollverschonung von Betriebsvermögen im Rahmen eines Änderungsbescheids**

11. Dezember 2024

**Zum Urteil**

### **Beschluss II B 54/24 (AdV): Aussetzung der Vollziehung eines Grunderwerbsteuerbescheids; Verlängerung der Nachbehaltensfrist**

10. April 2025

**Zum Urteil**

### **Urteil II R 50/22: Erbschaftsteuer bei Rentenzahlungen aus dem Vermögen einer liechtensteinischen Stiftung**

11. Dezember 2024

**Zum Urteil**

### **Urteil V R 18/22: Keine Besteuerung nach Durchschnittssätzen bei Ersatzaufforstung**

19. Dezember 2024

**Zum Urteil**

### **Urteil VI R 18/22: Zugangsvermutung des § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO, auch wenn Post regelmäßig nicht an allen Werktagen zugestellt wird**

20. Februar 2025

**Zum Urteil**

### **Urteil III R 43/22: Kindergeldanspruch während des Freiwilligen Wehrdienstes**

20. Februar 2025

**Zum Urteil**

## Rechtsprechung im Blog

### **Zurechnungsbesteuerung für Stiftungen nach dem Außensteuergesetz europarechtswidrig**

*In insgesamt vier Urteilen hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass die Beschränkung der Ausnahme von der Zurechnungsbesteuerung auf ausländische Stiftungen mit Geschäftsleitung oder Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens gegen die Kapitalverkehrsfreiheit verstößt.*



## Sachverhalt

Geklagt hatten die in Deutschland lebenden Begünstigten einer Schweizer Familienstiftung. Das Finanzamt hatte diesen unter Berufung auf das Außensteuergesetz (AStG) das Einkommen (2012) beziehungsweise die Einkünfte (ab 2013) der Schweizer Familienstiftung zugerechnet. Die Kläger hatten daher das Einkommen beziehungsweise die Einkünfte der Schweizer Familienstiftung zu versteuern, obwohl sie keine Ausschüttungen von dieser erhalten hatten. Eine Ausnahme von der Zurechnung versagte das Finanzamt, da diese nach dem AStG nur für Familienstiftungen mit Geschäftsleitung oder Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens gilt.

## Entscheidung des BFH

Der BFH hat den Klägern Recht gegeben. Die Kapitalverkehrsfreiheit gilt auch für Drittstaatensachverhalte und gebietet eine Anwendung der Ausnahme von der Zurechnungsbesteuerung auch für Familienstiftungen mit Geschäftsleitung oder Sitz in einem Drittstaat.

Zwar lagen in den Streitfällen die Voraussetzungen der Zurechnung der Einkünfte von Schweizer Familienstiftungen zu den im Inland ansässigen Feststellungsbeteiligten (alle natürliche Personen) nach § 15 Abs. 1 AStG vor. Dennoch dürfe, so der BFH, eine Zurechnung nach § 15 Abs. 6 AStG nicht stattfinden. Aufgrund des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts (konkret: der Kapitalverkehrsfreiheit nach Art. 63 AEUV) sei das einfache Gesetzesrecht geltungserhaltend zu reduzieren und § 15 Abs. 6 AStG - entgegen seinem Wortlaut - auf die im Drittstaat Schweiz ansässige Familienstiftung anzuwenden. Mit Ausnahme des Merkmals „Geschäftsleitung oder Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens“ seien die Tatbestandsvoraussetzungen des § 15 Abs. 6 AStG gegeben. Insbesondere sei die große Auskunfts Klausel in Art. 27 DBA-Schweiz 1971 eine dem § 2 Abs. 11 des EU-Amtshilfegesetzes vergleichbare zweiseitige Vereinbarung im Sinne des § 15 Abs. 6 Nr. 2 AStG.

## Fundstelle

BFH, Urteil vom 3. Dezember 2024 ([IX R 32/22](#)), veröffentlicht am 24. April 2025; siehe auch die im Wesentlichen inhaltsgleichen Urteile [IX R 31/22](#), [IX R 15/24](#) und [IX R 16/24](#). – BFH-[Pressemitteilung Nr. 25/25](#).

Eine englische Zusammenfassung finden Sie [hier](#).

## Geschäftsleitende Holding-Personengesellschaft als Organträgerin

*Eine gewerbliche Tätigkeit im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 Körperschaftsteuergesetz liegt nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs und entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung auch dann vor, wenn die Organträger-Personengesellschaft ausschließlich als geschäftsleitende Holding tätig ist. Konzerninterne entgeltliche Dienstleistungen oder andere zusätzliche gewerbliche Aktivitäten sind in einem solchen Fall nicht erforderlich.*

## Sachverhalt

Die Klägerin, eine GmbH, gehört zur Z-Gruppe. Alleinige Gesellschafterin der Klägerin war bis einschließlich 2007 die (zur Z-Gruppe gehörende) A-GmbH. Zwischen der A-GmbH als Organträgerin und insgesamt neun

Organgesellschaften, zu denen auch die Klägerin gehörte, bestanden jeweils körperschaftsteuerrechtliche Organschaften. Die A-GmbH war für den Organkreis als Großhändlerin tätig.

In 2008 kam es zu einer zweistufigen Umstrukturierung, die mit steuerlicher Wirkung zum Ablauf des 31.12.2007 durchgeführt wurde. Die A-GmbH gliederte ihren Teilbetrieb "Großhandel" auf eine Tochterkapitalgesellschaft (B-GmbH) aus. Hierbei gingen sämtliche Arbeitnehmer der A-GmbH (mit Ausnahme der Geschäftsführer mit Mehrfachfunktionen) auf die B-GmbH über. Die A-GmbH erhielt hierfür einen Geschäftsanteil. Anschließend übertrug die A-GmbH ihr restliches Vermögen (einschließlich der Beteiligungen an der Klägerin und der B-GmbH) im Wege der Ausgliederung auf die neu gegründete X-KG gegen Gewährung eines Kommanditanteils. Komplementärin der X-KG war eine Stiftung. Die X-KG übernahm dabei auch den mit der Klägerin geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag.

Das Finanzamt erkannte die körperschaftsteuerliche Organschaft nicht an, da die X-KG im Streitjahr (2008) noch keine eigene gewerbliche Tätigkeit aufgenommen habe. Das Finanzgericht hatte der hiergegen gerichteten Klage jedoch stattgegeben.

### **Entscheidung des BFH**

Der BFH hielt die Revision des Finanzamts für unbegründet. Das Finanzgericht habe zu Recht entschieden, dass die X-KG bereits im Streitjahr die Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG) erfüllt und damit eine körperschaftsteuerrechtliche Organschaft im Sinne zwischen der X-KG als Organträgerin und der Klägerin als Organgesellschaft bestanden hat.

Die X-KG habe bereits im Streitjahr eine (originär) gewerbliche Tätigkeit im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 KStG ausgeübt. Die Tatbestandsvoraussetzung sei auch dann erfüllt, wenn die Organträger-Personengesellschaft ausschließlich als geschäftsleitende Holding tätig ist. Es seien keine zusätzlichen gewerblichen Aktivitäten, wie etwa konzerninterne entgeltliche Dienstleistungen oder andere gewerbliche Aktivitäten notwendig (entgegen BMF-Schreiben v. 10.11.2005). Eine geschäftsleitende Holding nehme zudem durch eine nach außen erkennbare einheitliche Leitung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teil. Denn das erforderliche Auftreten am Markt gegen Entgelt könne nicht nur durch den Abschluss entgeltlicher Dienstleistungsverträge mit den Tochtergesellschaften erfüllt werden. Maßgeblich bleibe jedoch stets das „Gesamtbild der Betätigung“.

Der BFH hält in seiner Entscheidung ausdrücklich an seiner zur wirtschaftlichen Eingliederung ergangenen Rechtsprechung fest und überträgt sie auf die Anforderungen an eine Organträger-Personengesellschaft nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 KStG. Die in den Entscheidungen des BFH zur wirtschaftlichen Eingliederung aufgezeigten Kriterien einer geschäftsleitenden Holding seien dabei jedoch nicht als fester Katalog zu verstehen und müssten nicht kumulativ vorliegen. Vielmehr handele es sich um Indizien, die im Rahmen einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen seien.

Ob eine geschäftsleitende Holding in diesem Zusammenhang zwingend die Beteiligung an mindestens zwei Tochtergesellschaften voraussetzt, war unter den Umständen des Streitfalls (insgesamt neun Tochtergesellschaften) nicht entscheidungserheblich und konnte dahingestellt bleiben.



## Fundstelle

BFH, Urteil vom 27. November 2024 ([I R 23/21](#)) – veröffentlicht am 24. April 2025.

Eine englische Zusammenfassung dieses Urteils finden Sie [hier](#).

## Business Meldungen

Bedeutung, Entwicklung und Regulierung von KI in einkommensschwachen Ländern und Schwellenmärkten

*Künstliche Intelligenz (KI) transformiert weltweit Industrien und Gesellschaften. Doch in einkommensschwachen Ländern und Schwellenmärkten befindet sich deren Einführung und Integration noch in den Anfängen. Diese Regionen stehen vor einzigartigen Herausforderungen wie einer begrenzten technologischen Infrastruktur, einem Mangel an qualifizierten Fachkräften und unzureichender Finanzierung für KI-Forschung und -Entwicklung. Trotz dieser Hürden wächst das Interesse, KI zur Bewältigung drängender Probleme in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft und Bildung zu nutzen. Regierungen und der private Sektor in diesen Regionen beginnen, das Potenzial von KI zur Förderung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der Lebensqualität zu erkennen.*

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

## Terminplaner

Transfer Pricing Breakfast  
Hamburg, 21.05.2025

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE





# Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

## Redaktion

Gabriele Nimmrichter  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 171 7603269  
[gabriele.nimmrichter@pwc.com](mailto:gabriele.nimmrichter@pwc.com)

Gunnar Tetzlaff  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Tel.: +49 171 5503930  
[gunnar.tetzlaff@pwc.com](mailto:gunnar.tetzlaff@pwc.com)

## Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2025 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see [www.pwc.com/structure](http://www.pwc.com/structure) for further details.